

Beate Böhler

Rechtsanwältin

Fachanwältin für Strafrecht

[RAin Beate Böhler, Postfach 610642, 10937 Berlin](#)

als Fax an 0340 2022150

Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau
Ruststr. 5
06844 Dessau-Roßlau

Oranienstr. 43,
10969 Berlin

Tel.: 030-61403368

Fax: 030-61403388

07.08.2016

D2/1157-16

Mein Zeichen:

AZ: 378/15 BB06 /bö

JALLOH, Oury
In dem Ermittlungsverfahren
gegen Unbekannt, Geschädigter: Oury Jalloh
- 111 UJs 23785/13 -

wird beantragt,

die Öffentlichkeit, einschließlich der Presse und Medienvertreter, von der Durchführung des Brandversuches auszuschließen.

Die öffentliche Durchführung des geplanten Brandversuches verletzt den Nebenkläger, den Vater des Getöteten, in seinem in Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG geschützten allgemeinen Persönlichkeitsrecht.

Beweiserhebungen im Ermittlungsverfahren sind anders als Beweiserhebungen in der Hauptverhandlung, grundsätzlich nicht öffentlich (vgl.: BVerfGE77,S.1(53); OLG Hamm, NJW 2000.S.1278(1279). Abweichend von diesem Grundsatz soll der für den 18.8.2016 geplante Brandversuch öffentlich angekündigt unter Einladung von Presse und Medienvertretern durchgeführt werden.

Über den genauen Versuchsaufbau und Ablauf wurde die Nebenklage, entgegen anders lautender Absichtserklärungen der Staatsanwaltschaft, nicht informiert. Insbesondere wurde nicht mitgeteilt, auf Grund welchen Versuchsaufbaus, welche

e-Mail: info@beate-boehler.eu
www.beate-boehler.eu

Geschäftskonto - IBAN: DE34 1001 0010 0019 7051 02 BIC: PBNKDEFF
Fremdgeldkonto - IBAN: DE70 1001 0010 0630 8351 06 BIC: PBNKDEFF
Finanzamt Kreuzberg USt.Nr. DE186707496

weiteren Erkenntnisse, über die bislang bereits durch Erstellung von Sachverständigengutachten gewonnen Erkenntnisse hinaus, durch den beabsichtigten Brandversuch gewonnen werden sollen. Es fehlt die von der Nebenklage wiederholt eingeforderte klare Positionierung der Staatsanwaltschaft dazu, dass die Hypothese, dass sich der Getötete selbst angezündet haben könnte, durch die Feststellung, dass sich das Feuerzeug, mit dem der Brand entzündet worden sein soll, während des Brandes nicht in der Zelle befunden hat, widerlegt ist. Zu den Einzelheiten wird auf die, von der Kollegin Rechtsanwältin Heinicke mit Schriftsatz vom 25.09.2015 aufgeführten, 6 Gründe Bezug genommen. Diesseits muss daher davon ausgegangen werden, dass die Staatsanwaltschaft und der mit dem beabsichtigten Brandversuch von der Staatsanwaltschaft beauftragte Sachverständige Dr. Zollinger bei der Versuchsgestaltung weiterhin von der bereits widerlegten These der Selbstentzündung ausgeht, wodurch der mögliche Erkenntnisgewinn gegen Null reduziert würde.

Beim Nebenkläger entsteht der Eindruck, dass der beabsichtigte Brandversuch unter bewusster Ausgrenzung der Nebenklage und den bisher in der Sache tätigen Sachverständigen an der Vorbereitung und Gestaltung und damit auch an der Bewertung der Ergebnisse des Brandversuches erfolgen soll, was wiederum die Befürchtung begründet, dass das Ziel dieses Brandversuchs nicht größtmöglicher Erkenntnisgewinn, sondern eine öffentliche Demonstration des Aufklärungswillens der Staatsanwaltschaft darstellt und dass diese Inszenierung der Vorbereitung der Einstellung des Verfahrens in der öffentlichen Meinung dient.

Für diese Demonstration soll die Verbrennung des Sohnes meines Mandanten öffentlich nachgestellt werden. Mein Mandant empfindet die öffentliche Nachstellung der Verbrennung seines Sohnes, als unwürdiges Spektakel, das ihn in seiner Trauer und dem Andenken an seinen Sohn zutiefst verletzt.

Zwar besteht ein in Art 5 Abs.1 S.1 GG geschütztes Interesse der Allgemeinheit an möglichst umfassender Information über den Ermittlungsstand und auch die Nebenklage hat ein starkes Interesse an der umfassenden Information der Öffentlichkeit, so kann diesem Informationsinteresse durch Veröffentlichung der Versuchsergebnisse genügt werden.

Bei der vorzunehmenden Rechtsgüterabwägung überwiegt daher das Persönlichkeitsrecht meines Mandanten vor dem Informationsinteresse der Allgemeinheit.

Die beabsichtigte Inszenierung des Brandversuchs als Presseschow hat daher zu unterbleiben.

Ich darf Sie daher Namens und in Vollmacht meines Mandanten auffordern, rechtsverbindlich zu erklären,

**dass bei der Durchführung des Brandversuchs keine Presse
zugelassen wird und setzte Ihnen dazu eine Frist bis zum**

9.8.2016 12:00 Uhr.

Für den Fall, dass diese Frist fruchtlos verstreichen sollte, bin ich bereits jetzt beauftragt, das Persönlichkeitsrecht meines Mandanten durch geeignete rechtliche Schritte zu schützen.

Beate Böhler
Rechtsanwältin